Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 8 (1967)

Heft: 8

Artikel: Die "Sprachrebellion" in Jugoslawien : Weiterung oder Mässigung?

Autor: K.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1077064

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

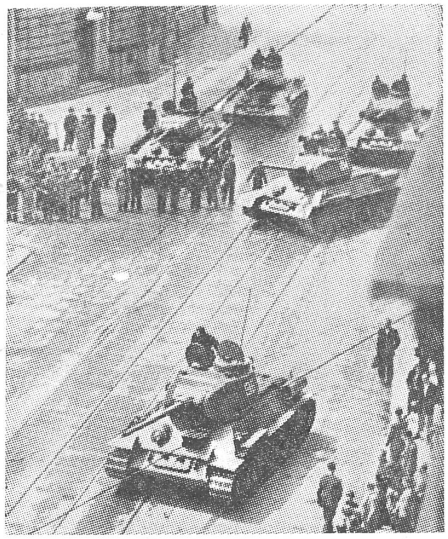
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



Ostberlin, Juni 1953: Die Panzer unterstanden dem Oberbefehl Gretschkos.

zum Armeegeneral aufgerückten Gretschko wurde im März 1955 der Titel eines Marschalls der Sowjetunion verliehen. Nach der Entfernung Schukows von dem Posten des Verteidigungsministers im November 1957 bekam Marschall Gretschko den Oberbefehl über die gesamten Landstreitkräfte der Sowjetunion und wurde zugleich zum Ersten Stellvertretenden Verteidigungsminister ernannt. Am 25. Juli 1960 übernahm er das Amt des Oberbefehlshabers der Vereinten Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten.

In den Obersten Sowjet wurde er in den Jahren 1950, 1954, 1958 und 1962 als Abgeordneter gewählt. Auch gehört er der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten an. Während des 19. Parteikongresses 1952 und des 20. Parteitages im Jahre 1956 rückte er zum Kandidaten des ZK der KPdSU auf.

Gretschko hat als Kommandant der 1. Gardearmee im Zweiten Weltkrieg seine militärischen Fähigkeiten unter Beweis gestellt. Seine politische Zuverlässigkeit wurde in Ost-Berlin erprobt, als er kaum zwei Wochen nach Amtsantritt als Oberkommandierender der sowjetischen Besatzungstruppen den Aufstand vom 17. Juni 1953 mit seinen Truppen niederschlagen liess, wofür er mit der Verdienstmedaille in Gold der DDR ausgezeichnet wurde. Aber den Marschallstab erhielt er im März 1955 unter Umgehung weitaus verdienterer Militärs; diese Beförderung ist auf seine vornehme Stellung innerhalb der Parteihierarchie zurückzuführen. Seine steile Karriere ist auch auf seine engen Beziehungen mit Chruschtschew und Marschall Konjew zurückzuführen. Das gute Verhältnis zu Chruschtschew wurde dadurch erhärtet, dass Gretschko nach dem Kriege, zu einer Zeit also, als das Arbeitsfeld des nun abgesetzten Parteichefs noch die Ukraine war, das Kommando des Militärbezirks Kiew erhielt, und dass der Parteichef ihn später zu wichtigen politischen Beratungen heranzog. Bereits in der Aera Chruschtschew galt er als der aussichtsreichste Kandidat für den Posten des Verteidigungsministers. *M.C.*

Die «Sprachrebellion» in Jugoslawien

Weiterung oder Mässigung?

Der Sprachstreit in Jugoslawien (siehe KB, Nr. 7, S. 8 ff.) hat neue Opfer gefordert, aber auch manche Hintergründe und Ursachen abgeklärt. Er beginnt einen vernünftigeren Ablauf anzunehmen.

Nach einer Welle von Protestkundgebungen, Drohbriefen, anonymen Telephonanrufen, hitzigen Debatten im kroatischen Landtag, im Rat für Kultur und Volksbildung der jugoslawischen Bundesvolksversammlung sowie in den Parteiorganisationen des kroatischen und des serbischen Schriftstellerverbandes setzten sich die am 24. März begonnenen Parteiausschliessungen fort. Zumindest sind sieben Schriftsteller und Professoren aus dem Bund der Kommunisten Kroatiens ausgeschlossen worden.

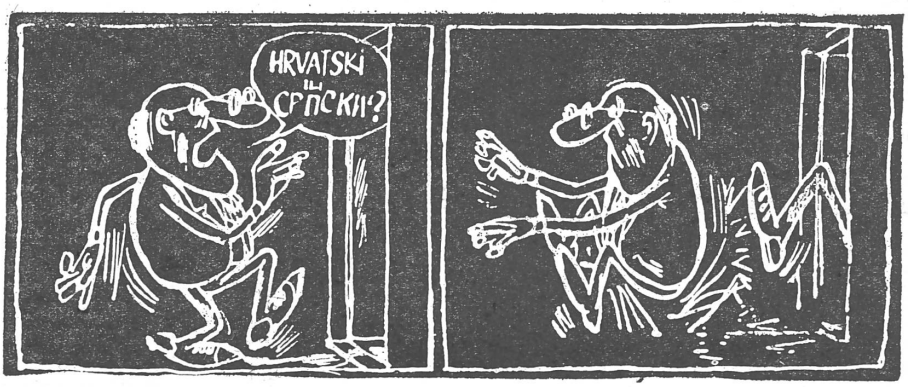
KP im Dilemma

Die vom Bund der Kommunisten Kroatiens eingeleitete Untersuchung hat gezeigt, dass 140 Personen, darunter Schriftsteller, Publizisten und Sprachforscher aus Kroatien die umstrittene Deklaration unterzeichnet haben. Unter ihnen befinden sich 80 Kommunisten. Viel schwerwiegender wiegt dabei die Tatsache, dass unter den 80 Kommunisten sich ein Mitglied des ZK des BdK Kroatiens befindet, nämlich der international bekannte jugoslawische Kandidat für den Nobelpreis für Literatur, Miroslav Krleza, der übrigens ein Lieblingsschriftsteller Titos ist. Seine Autorität ist so gross, dass die Partei bisher seine Ausschliessung nicht beantragt hat. Damit aber hat sich erwiesen, dass sie zweierlei Massstäbe anwendet. Dies hat bereits zu Protesten unter den Parteianhängern geführt, die eine gleiche Bestrafung aller Parteimitglieder verlangen. Nicht zuletzt hat diese Tatsache dazu geführt, dass die für den 4.April vorgesehene Plenarsitzung des ZK des BdK Kroatiens auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. ZK-Präsident Vladimir Bakaric erklärte an der Sitzung des Parteipräsidiums, dass die Verschiebung notwendig sei, um vorher manche Punkte abzuklären. Er warf zugleich den Unterzeichnern der Deklaration Nationalismus vor. Der Nationalismus in Jugoslawien habe seit 1962 breitere Formen angenommen. Er habe sich in den Jahren 1963 und 1964 stark auf dem Gebiete der Wirtschaft und innerhalb der Partei und Regierungsorgane manifestiert. Die Hauptursache dafür sei der Zentralismus gewesen, das heisst die Verteilung der Bundesinvestitionsfonds. Die neue Wirtschaftsreform habe diese Art des Nationalismus beseitigt, doch sei er auf einem anderen Gebiet aufgetaucht:

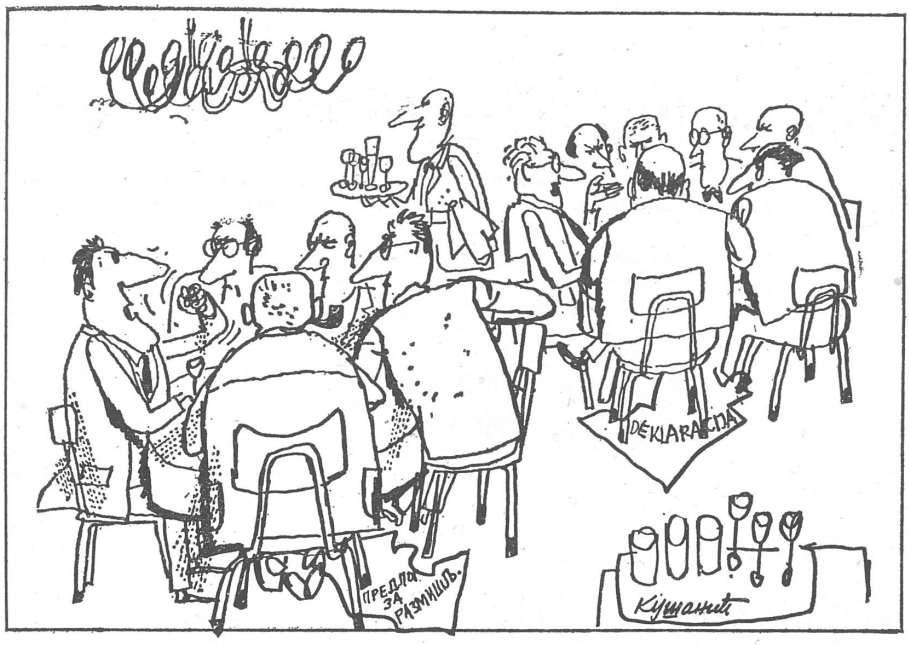
«Formell haben den Nationalismus heute jene angenommen, die in der heutigen Phase der Revolution ihren Platz nicht gefunden haben. Es trifft zu, dass dabei sich auch das Ausland eingemischt hat, insbesondere verschiedene ausländische Nachrichtendienste, wie dies bereits im Fall von Djilas und Mihajlov geschehen ist. Wir haben uns deshalb entschlossen, die Initianten und Schöpfer der Deklaration zu eruieren und streng zu bestrafen, die übrigen Teilnehmer aber nur mit politischen Mitteln zu bekämpfen. Ich kann aber versichern, dass wir einen Zwischenfall erwartet haben, obschon wir keine Ahnung von der Deklaration hatten. Es ist bei uns ein solches Klima geschaffen worden, dass man um so mehr als Revolutionär betrachtet wird, je mehr man sich gegen die Führung auflehnt ... Es bestehen neue Indizien dafür, dass in absehbarer Zeit eine ähnliche Aktion möglich ist, die sich auf eine ähnliche Frage bezieht, über die ich heute nicht mehr sagen möchte. Beifügen möchte ich nur, dass auch in der Wirtschaft die Möglichkeit nicht nur für nationalistische, sondern noch mehr für Provokationen gegen die Reform bestehen.»

Die Ankündigung Dr. Bakarics von der unterschiedlichen Behandlung der Unterzeichner der Deklaration zeigt, wie schwer es der Partei fällt, aus der Zwickmühle zu kommen, in die sie durch die Haltung der 80 Kommunisten hineingebracht wurde.

Es sind auch in der Zukunft neue Opfer zu erwarten. Der oberste Staatsanwalt Kroatiens, Ljudevit Dezmar, hat im kroatischen Landtag auf eine Anfrage mehrerer Abgeordneten erklärt: «Die Staatsanwaltschaft wird prüfen, ob die Unterzeichner der Deklaration strafrechtlich nach § 119 des jugoslawischen Strafgesetzbuches usw.



Kroatisch oder serbisch? Links die Frage, rechts die Antwort. («Jesch», Belgrad)



«Alles wegen ein bisschen Chauvinismus.» Am serbischen und am kroatischen Stammtisch hört man das gleiche Lamento: «Erst kameradschaftlicher Verweis, dann Parteirüge, dann letzte Warnung... Das ist ja das reinste Chinesenregime.» («Politika», Belgrad)

Die Partei hat nicht nur die «Deklaration» der Kroaten verurteilt, sondern missbilligt auch die Reaktionen jener Serben, die nun ihrerseits zu nationalistisch gefärbten Gegenangriffen schreiten. Es gilt rechtzeitig zu verhindern, dass die Anwandlung des kroatischen Chauvinismus zu einer Kettenreaktion in allen Teilrepubliken führt.

verfolgt werden können.» Ebenso wird abzuklären sein, ob gewisse andere Taten der Unterzeichner als strafbar erklärt werden können. Vor allem geht es darum, abzuklären, ob sie «durch Propaganda oder auf andere Art nationalen, rassischen oder religiösen Hass oder Zwiespalt unter den Völkern... (Jugoslawiens) entfacht haben» (§ 119 des jugoslawischen Strafgesetzbuches). Sollte die Staatsanwaltschaft Anhaltspunkte für eine Strafverfolgung nach § 119 des Strafgesetzbuches finden, dann droht den Initianten der Deklaration eine Gefängnisstrafe bis zu 12 Jahren.

Die Erklärung des obersten Staatsanwaltes Kroatiens im Landtag scheint unter der Mehrzahl der Unterzeichner Angst ausgelöst zu haben, da sie vor allem befürchten, ihre berufliche Stellung zu verlieren. Die jugoslawischen Zeitungen sind mit Erklärungen und Reuebekenntnissen der Unterzeichner überschwemmt. Ausserdem haben bereits die Vorstände des kroatischen Schriftstellerverbandes und der «Matica Hrvatska» (Gesellschaft für Förderung der kroatischen Kultur und Sprache) ihren kollektiven Rücktritt angekündigt und die Einberufung einer ausserordentlichen Versammlung für die kommenden Tage angekündigt.

Belgrader «Gegen-Deklaration»

Vierzehn Tage nach der Unterzeichnung des «Vorschlages zum Nachdenken» durch 42 serbische Schriftsteller (diese «Gegen-Deklaration» war an der Jahresversammlung des serbischen Schriftstellerverbandes vom 19. März abgelehnt worden) ist er am 2. April im vollen Wortlaut in der Zeitung «Borba» veröffentlicht worden. Im Gegensatz zur «Deklaration über die Benennung und Stellung der kroatischen Literatursprache», die eine konsequente Anwendung der «kroatischen Literatursprache in Schule, Presse, Radio und Fernsehen, sowie als Pflicht und Dienstsprache für Beamte, Lehrer und Journalisten wie auch für die übrigen Bürger auf dem kroatischen Territorium verlangt, unabhängig davon, ob sie Kroaten sind oder nicht und ob sie aus einer anderen jugoslawischen Teilrepublik stammen oder nicht, verlangt die Gruppe der serbischen Schriftsteller die Aufnahme von Garantiebestimmungen in die Landesverfassungen Serbiens und Kroatiens, wonach sowohl den Serben in Kroatien als auch den Kroaten in Serbien das Recht zusteht, die Schulbildung in eigener Sprache, in eigener Schrift und nach ihren nationalen Schulprogrammen zu absolvieren, ferner das Recht, ihre nationale Sprache und Schrift im Umgang mit den Amtsstellen zu gebrauchen, und das Recht eigene Gesellschaften zur Pflege der Sprache und Kultur, eigene Verlagshäuser und Zeitungen zu gründen. Wenn die kroatische Deklaration keine andere Sprache als die kroatische in Schule und im Verkehr mit Amtsstellen in Kroatien duldet, nimmt der Vorschlag der serbischen Schriftsteller eine tolerantere Haltung ein, indem er die gleichen Rechte sowohl für Serben in Kroatien als auch Kroaten in Serbien verlangt.

Auch unter den Unterzeichnern des «serbischen Vorschlages» befinden sich mehr als die Hälfte Kommunisten, darunter Schriftsteller Antonije Isakovic, Mitglied des ZK des Bundes der Kommunisten Serbiens. In einer am 2. April in Belgrad abgehaltenen Plenarsitzung des serbischen Schriftstellerverbandes wurde sowohl die «Deklaration» als auch «Der Vorschlag» zurückgewiesen, die politische und moralische Verantwortung der Unterzeichner betont.

Eine vernünftige Stimme

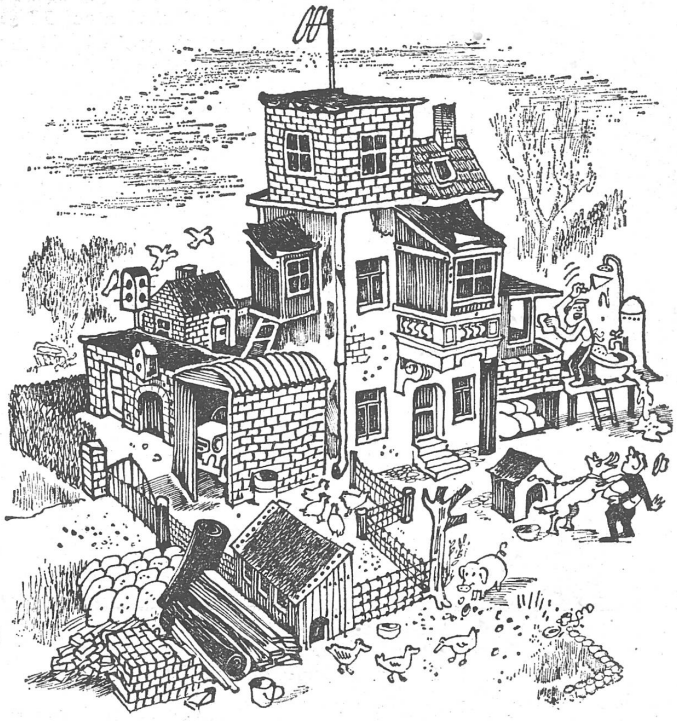
In einer erhitzten und stark emotionell geladenen Atmosphäre des Sprachstreites in Jugoslawien fällt ein sachlicher Beitrag zur Diskussion über die «Deklaration» aus der Feder des kroatischen Universitätsprofessors Dr. Ferdo Culinovic, Professor für Staatsrecht an der juristischen Fakultät in Zagreb, auf. In diesem Beitrag weist Prof. Dr. Culinovic darauf hin, wie unmöglich es ist, eine Grenze zwischen serbischer und kroatischer Sprache zu ziehen. *Ku.*

Unter Arbeitssuchenden: «Bist du für oder gegen eine Staatssprache?» — «Ich bin für eine staatliche Stellung.» («Oslobodenje», Sarajevo)

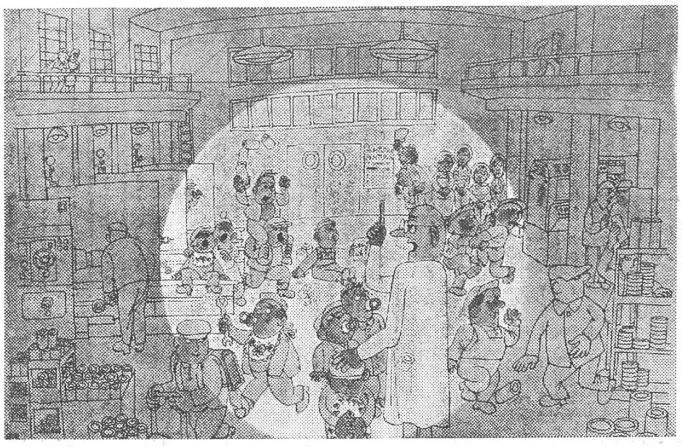
Der grosse Sprachstreit hindert nicht, dass manche Leute doch noch dringendere Sorgen haben.

Eigensicht auf die Gemeinschaftssicht

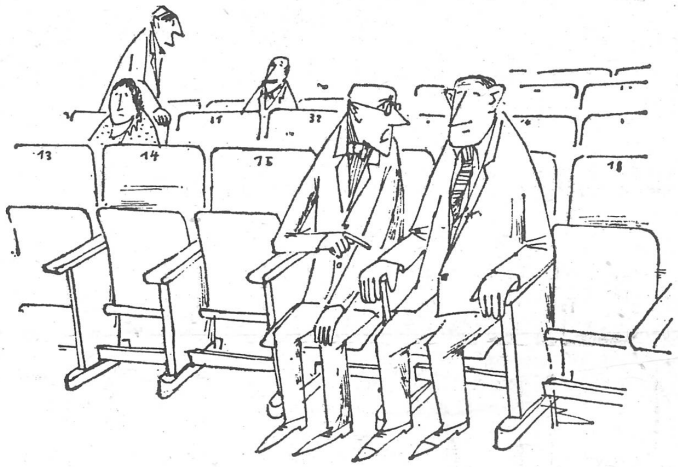
(Aus «Eulenspiegel», Ost-Berlin)



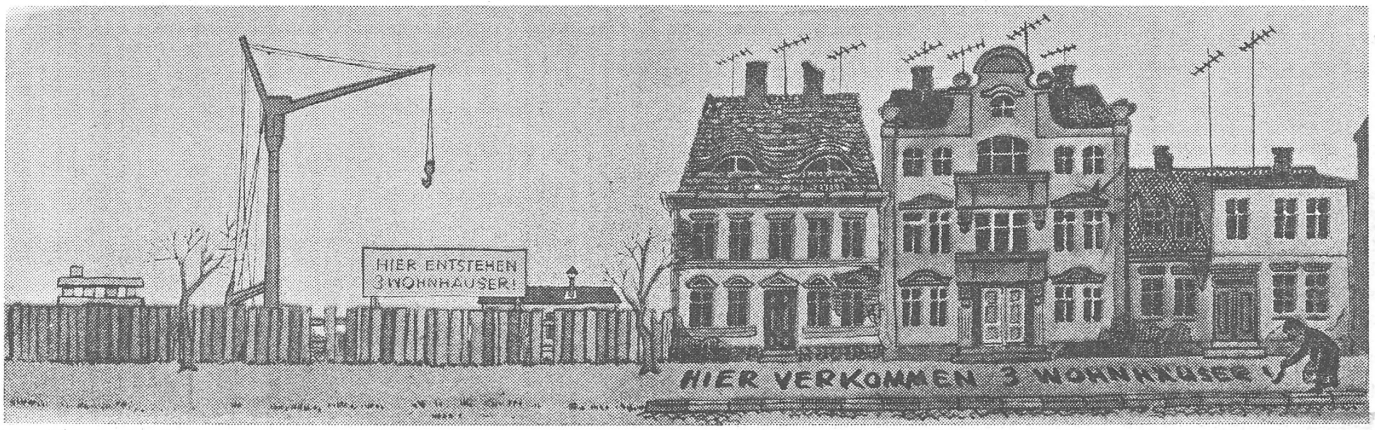
«Hauptsache, die KWV (Kommunale Wohnbau-Vereinigung) liefert weiterhin pünktlich Zement und Dachpappe. Alles übrige in puncto Ausbau und Werterhaltung machen wir in Eigeninitiative.»



Wie ER (der Betriebsleiter) es sieht: «Die Belegschaft ist noch nicht reif für grössere Probleme.»



«Entschuldigung — wird heute tatsächlich dieser Film gegeben, der von der Presse so gelobt wurde?» (Im Lande, wo doch wie sonst nirgends die Presse Stimme des Volkes ist.)



Links: «Hier entstehen drei Wohnhäuser». Rechts: «Hier verkommen drei Wohnhäuser».

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, 3005 Bern • Briefadresse: Postfach 2273, 3001 Bern • Telephon (031) 43 12 12 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Abonnementenverwaltung: Oswald Schürch • Inseratenverwaltung: Th. Schöppach • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—) Einzelnummer Fr./ DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 2 • Postcheck 30-24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt a. M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.